

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 9

Ercheint Sonntags.  
Zeugungspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.  
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 22. Februar 1925

Verlagsstelle Berlin O. 2, Breitestr. 59/IV  
Telefon 5529.  
Anzeigen werden nicht angenommen.

41. Jahrgang

## Denkt an die Zukunft.

Jeder ehrliche Gewerkschaftsfreund hat den festen Willen, die Spuren des Rückgangs unserer Organisationen schrittweise zu beseitigen und unsere Gewerkschaften in der denkbar kürzesten Frist wieder zu dem zu machen, was sie ehemals waren: Zur besten Stütze des Arbeiters und der Arbeiterin im Kampfe um ihr wirtschaftliches Recht. Dieser Wille ist auch bei einem erheblichen Teil unserer Mitglieder vorhanden, wie deren Anteilnahme an allen Veranstaltungen unseres Verbandes zeigt.

Die Agitation unter den Nichtorganisierten ist ein Weg zur Festigung des Verbandes, allerdings zugleich aber auch der Weg, der in allererster Linie ergriffen werden muß. Die Gefahren, die eine größere Anzahl Unorganisierter bieten, sind hinlänglich bekannt. Die Unternehmer wissen es durchaus zu würdigen, wenn ein Teil der Arbeiterschaft nicht organisiert ist und sie richten sich mit allen ihren Maßnahmen in bezug auf die Arbeitsverhältnisse danach. Nicht ohne Grund haben wir in den Betrieben, in denen ein nennenswerter Teil Unorganisierter tätig ist, die unregelmäßigsten Arbeitsverhältnisse trotz aller Tarife und Lohnabmachungen. Wo sich die Arbeiterschaft nicht selbst dahinterstellt, um die Durchführung getroffener Vereinbarungen zu sichern, da steht der Willkür der Unternehmer Tür und Tor offen. Darum ist die lückenlose Geschlossenheit unserer Berufsangehörigen in unserem Verbandsverbande die erste Voraussetzung für die Regelung der Arbeitsbedingungen nach den Wünschen unserer Kollegen und Kolleginnen.

Doch damit ist es nicht genug getan. Neben der Agitation muß die innere Kräftigung des Verbandes ebenso ernsthaft und unablässig durchgeführt werden. Die „Silbernen Kugeln“ spielen heute noch die gleiche gewichtige Rolle wie früher und nur diejenige Gewerkschaft kann sich Respekt auch bei den Unternehmern verschaffen, deren materielle Macht Achtung gebietend ist. Unsere Unternehmer sind gute Rechner, sie wissen, daß ein Verband ohne ausreichende Kapitalkraft von ihnen nicht zu fürchten ist, doch heilige Scheu haben sie vor der Organisation, die über einen möglichst gut gefüllten Kassenschatz verfügt. Mit dieser Feststellung ist unseren Verbandsmitgliedern auch der zweite nicht minder notwendige Weg gezeigt, der bei aller unverdrossen geleisteter Verbandsarbeit begangen werden muß. Jede Gewerkschaft, der es mit der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder ernst ist, hat für eine Steigerung der materiellen Kraft ständig Sorge zu tragen. Das ist genau so wichtig, wie die Werbearbeit unter den Unorganisierten.

Vor einem guten Jahr standen wir vor dem Nichts. Die Geldentwertung hatte auch die Bestände der Gewerkschaften vernichtet, die Berge Papiertapen hatten keinen Wert und jede Organisation hat auch hier anfangen müssen von Grund auf neu aufzubauen. Mit eisernem Fleiß und vorbildlicher Willensstärke ist dies geschehen und heute ist die Situation doch schon so, daß die absolute Ohnmacht der Gewerkschaften einer nicht unbeachtlichen Kräfteentwicklung

gemichen ist. Unsere Gewerkschaften fangen an, sich auch materiell zu kräftigen und die im Vorjahre und speziell in den letzten Monaten durchgeführten Lohnkämpfe und Streiks bieten einen guten Beleg dafür. Kann also die Entwicklung nach dieser Seite einigermaßen befriedigen, dann ist trotzdem zu sagen, daß ein erhebliches Manko vorhanden ist dadurch, daß das Tempo dieser Entwicklung ein zu langsames ist. Die Arbeiterschaft kann und darf sich den Luxus nicht gestatten, zu viel Zeit zu verlieren, bis der Tag der vollen Kräfteentwicklung gekommen ist. Es muß schneller gehen mit der materiellen Kräftigung unserer Organisationen, auch unseres Verbandes.

Wer die Tagesereignisse, die Erscheinungen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialpolitischem und arbeiterrechtlichem Gebiet verfolgt, weiß, daß die Arbeiterschaft vor Kämpfen steht, gegenüber denen die der früheren Zeiten Kinderpiele waren. Und auf diese heißt es zu rüsten, damit in der Stunde der Gefahr die Gewerkschaften ihren Mitgliedern den Rückhalt geben können, den diese mit allem Recht erwarten.

Kann unser Verband da zurückstehen? Kann er darauf verzichten, auch für sich die dringend notwendige schnellere Stärkung seiner Macht durchzuführen? Wir meinen, das Verbandsmitglied kann zweifellos gesucht werden, das diese Frage mit einem Ja beantworten wollte. Die Situation liegt auch für unseren Verband und für seine Mitglieder so, wie oben im allgemeinen dargelegt wurde. Auch wir haben die bringende Pflicht zu erfüllen, für eine schnellere Kräftigung unserer Organisation zu sorgen, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein. Und dieser Wille zum entschiedensten Selbstschutz muß zum Ausdruck kommen in der Bereitwilligkeit unserer Mitglieder, dem Verband die Mittel zur Verfügung zu stellen, deren er bedarf, um seinen Aufgaben und den auf ihn gesetzten Hoffnungen gerecht werden zu können. Und wenn darum heute unsere Verbandsleitung unsere Beiratsmitglieder um deren Zustimmung ersucht, die Verbandsbeiträge um ein Geringses zu erhöhen, dann hoffen wir, daß keiner seine Zustimmung versagen wird. Die Anträge der Verbandsleitung sind überaus bescheiden, sie verlangt ab 1. April die Durchführung einer Beitragssteigerung, die für die ersten drei Beitragsklassen je 5 Pf., für die anderen zwei Klassen je 10 Pf. pro Woche betragen soll. Daß die Zustimmung zu dieser Erhöhung auf schriftlichem Wege eingeholt wird, geschieht, um diese Erhöhung nicht mit den Kosten einer besonderen Beiratsitzung zu belasten.

Diese von unserer Verbandsleitung verlangte geringfügige Erhöhung unserer Beiträge wird, das hoffen wir, einen Widerspruch nicht finden. Darüber hinaus aber kann noch sehr viel von unseren Mitgliedern und unseren Verwaltungen geschehen, wenn mehr darauf geachtet würde, daß jedes Mitglied auch in der richtigen Beitragsklasse steuert. Unsere Nr. 43 vom 26. Oktober vor. Js. gibt die notwendigen Anweisungen dazu.

## Der Streik der Etuisarbeiter in Eisenberg.

Von unserer Kollegenschaft in Eisenberg wird der Streik mit großer Sachlichkeit und Objektivität geführt. In allen Reden, die in den Streikerversammlungen gehalten werden, spielen nur wirkliche Tatsachen eine Rolle und aus allem geht hervor, daß das zweifelsfreie Recht dabei ganz entschieden nur auf der Seite der Streikenden zu finden ist. Am 12. Februar haben die Arbeitgeber nunmehr die Kündigungen herausgegeben. In diesem Kündigungsschreiben befindet sich folgender Satz:

... und da Sie auch die Zugeständnisse, die wir am Sonntag, den 11. Januar, vor Beginn des Streiks und auch am Montag, am ersten Streiktag, gemacht haben, ablehnten ...

Im Einvernehmen mit der Streikleitung habe ich es für richtig gehalten, den Vorstehenden der Ortsgruppe Eisenberg des Etuis-Fabrikanten-Verbandes darauf aufmerksam zu machen, daß diese Sachdarstellung falsch ist. Da ich vermute, daß diese falsche Darstellung über die Ursachen des Streiks in Eisenberg auch anderwärts gegeben worden ist oder werden kann, deshalb muß ich den Sachverhalt hier wiedergeben:

Am Montag, den 11. Januar, fand eine Sitzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt. In dieser Sitzung berieten sich die Arbeitgeber auf eine Vereinbarung, nach der die 10prozentige Lohn-erhöhung nur bis 31. Dezember gegeben werden sollte und darum der am 9. Januar eingetretene Abzug zu Recht erfolgt sei.

Demgegenüber ist festzustellen, daß eine solche Vereinbarung nicht getroffen wurde. Die feinerzeit getroffene mündliche Vereinbarung wurde von der Arbeiterschaft so aufgefaßt, daß eine 10prozentige Zulage solange gezahlt werden sollte, solange eine andere zentrale Regelung der Löhne nicht erfolgt sei. Die Mehrzahl der Arbeitgeber, nicht alle, legte die Vereinbarung so aus, daß sie nur bis 31. Dezember gelten sollte. Sie hielten sich deshalb für berechtigt, diese 10 Proz. wieder in Abzug zu bringen, zumal sie angeblich durch Aushang im Betriebe diese Absicht bekanntgegeben hatten. Aber auch dieser Aushang wurde von den Belegschaften anders aufgefaßt, nämlich so, daß diese 10 Proz. am 31. Dezember aufgehoben würden, wenn durch zentrale Verhandlungen etwas anderes vereinbart würde.

Der Abzug der 10 Proz. erfolgte am 9. Januar. Am 10. Januar kam es zu einer Besprechung von je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Nach dem Ausgang dieser mehr privaten Unterhaltung mußte man annehmen, daß eine schieblich-friedliche Lösung des ganzen Zwischenfalles möglich sein würde. Am 11. Januar fand dann eine offizielle Sitzung statt, in der die Vertreter der Etuisarbeiter zunächst verlangten, daß der seit herige Zustand wieder herbeigeführt wird. Nach längerer Aussprache lehnten das die Unternehmer ab. Darauf machte der Unterzeichnete einen Vermittlungsvorschlag dahingehend, den Zeitlohnarbeitnehmern die nach dem Schiedsspruch des RMW erfolgte Erhöhung von 13% Proz. zu zahlen, den Akkordarbeitnehmern nur 5 Proz., jedoch mit der Zusicherung, daß Biffer 23 des Tarifs bei den einzelnen Arbeiten auf jeden Fall erfüllt wird.

Nach einer kurzen Besprechung der Unternehmer unter sich erklärten diese, daß sie nicht in der Lage seien, auf diesen Vorschlag einzugehen. Der Vorstehende der Unternehmer ließ daraufhin einige Arbeitgeber selbst zu Worte kommen und so erklärte z. B. Herr

Karl G.: „Wir sind nicht in der Lage, auf den Vorfall einzugehen, wir können gar kein Prozent mehr bezahlen.“ Dem schlossen sich Herr B. jun. und Herr Br. an. Diesen Erklärungen gegenüber blieb mir dann nur noch übrig zu sagen, daß nach meinem Dafürhalten damit der Streik unermelblich sei.

Heißt steht damit, daß die Ursache zum Ausbruch des Streifs in Eisenberg der nach unserer Auffassung unberechtigte Abzug von 10 Proz. ab 9. Januar ist. Auf den im Kündigungsschreiben hingewiesenen Verständigungsversuch, der angeblich am ersten Streiktag erfolgt sein soll, ist zu sagen, daß uns ein solcher gar nicht gemacht worden ist. Die entsprechenden Angaben im Kündigungsschreiben sind darum falsch.

Am allgemeinen ändern diese Kündigungsschreiben an der Situation in Eisenberg nichts. Unsere Kollegen und Kolleginnen hatten nach wie vor an ihrem Standpunkt fest, sie bleiben reiflos im Streik, bis ihr Recht zum Durchbruch gekommen ist. Es gibt aber zu bedenken, weshalb Herr Karl G. feinerzeit zum Streik drängte. Uns ist das nachträglich ganz klar geworden, vielleicht ist es den Herren Arbeitgebern jetzt ebenso klar.

W. Machner.

### Jum Streik in Brandenburg.

Der Streik in der Berlin-Neuroder Kunstanstalt in Brandenburg ist mit gutem Erfolg beendet. Nachdem zwei Schiedsprüchse des zuständigen Schlichtungsausschusses von den Streitenden abgelehnt waren, hatte die Geschäftsleitung die Verbindlichkeitsklärung des letzten Schiedsprüchses beantragt. Bei der Beratung hierüber ist dann schließlich eine Vereinbarung zustande gekommen, durch die der Streik zum Abschluß gebracht wurde. Die vor dem Streik gezahlten Löhne sind um etwa 20 bis 25 Proz. erhöht worden. Die Akkordsätze sollen so geregelt werden, daß Arbeitnehmer mit durchschnittlicher Leistungsfähigkeit 15 Proz. mehr als den Tariflohn ihrer Tarifgruppe verdienen. Die gesetzlichen Feiertage sollen vom 1. Juli d. J. ab bezahlt werden. Die Lohnvereinbarung gilt vom 1. Januar bis zum 30. Juni d. J. Die durch den Streik erreichten Lohnerhöhungen werden den Arbeitern und Arbeiterinnen für die Zeit vom 1. Januar bis zum Beginn des Streiks nachgezahlt.

Der Streik begann am 26. Januar. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 17. Februar. Die Lohnbewegung wurde gemeinschaftlich geführt vom Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und unserem Verbande. Die Streitenden haben bis auf den letzten Mann einmütig zusammengehalten und den Streik mit Begeisterung durchgeführt. Den Steindruckern und auch einigen nach dem Steindruckertarif entlohnten gelerntem Buchbindern, die im Einverständnis mit der Streikleitung im Betrieb blieben, mußte während der ganzen Dauer des Streiks der Lohn gezahlt werden, obgleich sie infolge des Streiks Arbeit nicht zu leisten vermochten.

Die Berlin-Neuroder Kunstanstalt in Brandenburg war für uns schon lange ein Schmerzenskind. Seit langer Zeit ist wiederholt versucht worden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Betrieb denen in anderen Kunstanstalten wenigstens einigermaßen anzupassen, ohne daß dies bisher gelang. Zum ersten Male ist jetzt für unsere Kollegen und Kolleginnen ein nennenswerter Erfolg erzielt worden. Zwar stehen auch jetzt die Arbeitslöhne, trotz ihrer Erhöhung um 20 bis 25 Proz., noch zurück hinter denen in anderen ähnlichen Betrieben, aber das Eis ist gebrochen, und die Kollegenschaft im Betrieb, die jetzt vollständig organisiert ist, wird in diesem ersten Erfolg einen Ansporn sehen und nicht ruhen, bis das, was in anderen graphischen Kunstanstalten recht ist, auch in Brandenburg als billig anerkannt wird.

### Wie zahlt die Kosten ?

Die deutsche Reichsregierung hat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rund 700 Goldmillionen als Entschädigung überwiesen. Diese Liebesgabe macht ungefähr den zehnten Teil des Gesamteinkommens des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Laufe eines Jahres und fast den Betrag der Dawes-Auslandsanleihe aus. Sie wird aus dem Steuererlös des Volkes bezahlt und die Ironie des Schicksals will es, daß die wirklichen Opfer des Ruhrkampfes, die Arbeiter, Beamten und Angestellten in Rheinland und Westfalen, die den Ruhrkrieg noch lange nicht überwunden haben

und schwer unter der Industriekrise leiden, auf neue belastet werden. An sie, die wirklichen Hebeln an der Ruhr, von denen der Ausgang des Nietenkampfes abhing, hat die Regierung nicht gedacht, als sie den Großen die Liebesgabe gab. Diese Regierung stellt sich damit auf eine Stufe mit jener Schwerindustrie, die bei den Massen, als der Ruhrkampf abgeblieben wurde, den Eindruck hinterließ, daß sie nicht handelte, wie es einem redlichen Mittläufer um die Freiheit des Bodens und die Freiheit der Arbeit zukam.

Die Regelung zwischen der Industrie und der Regierung wurde in aller Heimlichkeit getroffen: als die Millionen schon ausbezahlt waren, erfuhr das deutsche Volk, das sie bezahlen mußte, in einer harmlosen Zeitungsnotiz von den getroffenen Abmachungen. Erst auf energische Vorstellungen der Arbeitervertreter wurde die ungeheuerliche Tatsache bekannt. Wie die Abmachungen im einzelnen aussehen, ist heute noch dunkel. Schwerindustrie und Geheimratsbureaucratie haben die Köpfe zusammengesteckt und die Steuerzahler diktieren. Die Angelegenheit erscheint selbstverständlich in keinem günstigen Licht, wenn man hört, daß ein bekannter Regierungsbeamter, der an dem Abkommen an erster Stelle mitgearbeitet hat, demnächst eine leitende Stelle im Reichsverband der deutschen Industrie übernehmen soll.

Wie groß muß der Einfluß der Schwerindustrie auf diese Regierung sein, wenn sie solche Dinge im Handumdrehen deckt! Damit wird ein sehr dunkler Punkt in unserem Staats- und Wirtschaftsleben überhaupt berührt. Man hat bei uns jahrelang von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung fabuliert. Man meinte damit die Aktionen der Gewerkschaften um Befreiung wirtschaftlicher Mißstände oder Durchführung durch Gesetz festgelegter Rechte der Arbeiterschaft. Die Leute aber, die mit dem Märchen von der Nebenregierung der Gewerkschaften ihre politischen Geschäfte machten, vergaßen, daß Deutschland heute eine Schwerindustrie hat, daß diese von einer handvoll Leute beherrscht wird und daß diese heute wirklich regieren. Sie sind die Hauptregierung — nicht zum Vorteil Deutschlands, nicht zum Vorteil der deutschen Wirtschaft. Diese Industrieriesen, die es während der Inflation leicht hatten mit wirtschaftlichen Erfolgen zu prunken, die auf alles, Staats- und Gemeindebetriebe, das nicht mit Stimmemethoden arbeitete, mitleidig herunterblickten, haben sich während der Wirtschaftskrise absolut nicht als die großen Wirtschaftsstrategen bewiesen. Wie oft wurde nicht das eigene Profitinteresse über die Bedürfnisse der Wirtschaft gestellt, so daß mander in Deutschland, der früher mal dem Märchen von der gewerkschaftlichen Nebenregierung Glauben schenkte, sich jetzt, nachdem er klar sah, ehrlich gestand, daß mehr gewerkschaftliche Nebenregierung nur am Platze sein dürfte. Das liegt in der Natur der Sache: während der Privatkapitalist nur auf den Profit sieht, müssen die Gewerkschaften das Wohl der Gesamtwirtschaft im Auge behalten, von der ja die ganze Arbeiterschaft, die sich in den Gewerkschaften organisiert, abhängt. Die Politik der Gewerkschaften darf nur eine Wirtschaft kennen, für die sich das ganze Volk als dienendes Glied einsetzt, damit von ihrer Prosperität alle Vorteil haben. Die Politik des Privatkapitalismus kennt nur Interessenten und Opfer. Diese beherrschen den Staat und ziehen aus ihm den Nutzen, jene sind die Objekte der Ausbeutung. Diese streichen die 700 Millionen Liebesgaben ein, jene bezahlen sie.

Daß das anders wird, ist die historische Aufgabe der Arbeiterschaft. Damit wird dem sozialistischen Wirtschaftsideal der Weg gebahnt: Hingabe des einzelnen für die Allgemeinheit, auch in der Wirtschaft. Wir werden ja in den nächsten Tagen erfahren, wie der 700-Millionen-Liebesgaben-Vertrag zustande kam. Vielleicht werden wir hören, daß die Regierung sich schon 1923 dazu verpflichtet hatte, daß sie es tun mußte, um die Schwerindustrie zu einer Politik zu bewegen, die dem Reiche — Westfalen und das Rheinland erhielt. Sollte das der Fall sein, dann wäre die Ruhrentschädigungsaffäre ein typisches Beispiel für den Patriotismus der Schwerindustrie.

### Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen.

Auf Anordnung des Reichsarbeitsministeriums hat eine Kesselfrage der Höchstätze der Erwerbslosenzufürsorge stattgefunden, die mit Wirkung vom 9. Februar in Kraft getreten ist. Die Vermählungen der Gewerkschaften waren also von Erfolg, wenn auch nicht in dem Maße, wie es das Interesse der Erwerbslosen verlangt. Das war voranzutreiben. Die bürgerliche Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien haben zwar Mittel für die Bedürfnisse der Unternehmer. Für die Erwerbslosen und die übrigen gleich ihnen unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer leidenden Volksschichten dagegen stehen solche nicht zur Verfügung. Den Ruhrindustriellen überwiegt die Reichsregierung 700 Millionen Mark als Entschädigung für angeblich im Ruhrkampf erlittene Verluste. Noch dazu, ohne den Reichstag zu befragen und obgleich bei ihnen selbst unter weisheitsreicher Berücksichtigung der Wirtschaftslage von Not nicht gesprochen werden kann. Haben die Ruhrindustriellen es doch zum größten Teil verstanden, die Zeit der Inflation sowie die ihnen gewährten Kredite zur schicksalshöflichen Bereicherung auf Kosten des Reiches sowie der steuerzahlenden Bevölkerung auszunutzen, indem sie ihre Schwärze vermehrten. Und dennoch dieses Millionenangebot, das unter solchen Umständen einen unerhörten Standbild darstellt.

Was man jetzt dessen den Erwerbslosen zu bieten hat, ergibt sich aus folgenden Höchstätzen, die wöchentlich in Reichspfeunigen betragen:

#### Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

	in den Orten der Ortstklassen				
	A	B	C	D	E
1. für Personen über 21 Jahre	115	107	99	91	
2. für Personen unter 21 Jahren	69	64	59	54	
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	43	40	37	34	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	35	33	31	29	

#### Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

	in den Orten der Ortstklassen				
	A	B	C	D	E
1. für Personen über 21 Jahre	135	135	117	108	
2. für Personen unter 21 Jahren	81	76	71	66	
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	50	47	44	41	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	35	33	31	29	

#### Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

	in den Orten der Ortstklassen				
	A	B	C	D	E
1. für Personen über 21 Jahre	145	135	125	115	
2. für Personen unter 21 Jahren	87	81	75	69	
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	54	50	46	42	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	38	35	32	29	

Diese Unterstützungsätze kommen aber trotz ihrer Unzulänglichkeit nicht in allen Fällen uneingeschränkt zur Auszahlung, denn das Reichsarbeitsministerium knüpft an seine Veranschlagung der Höchstätze die Bedingung, daß einschließlich der Familienzuschläge die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Beträge übersteigen darf:

	in den Orten der Ortstklassen				
	A	B	C	D	E
1. im Wirtschaftsgeb. I (Osten)	285	265	245	225	
2. im Wirtschaftsgeb. II (Mitte)	325	305	285	265	
3. im Wirtschaftsgebiet III (Westen)	360	335	310	285	

Ferner dürfen die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, insgesamt das Zweifelhöchste der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied. Sind also in einem Haushalt neben dem Haushaltsvorstand noch zwei weitere erwerbslose Personen über 21 Jahre vorhanden, dann wird ihre gemeinsame Unterstützung, die für das Wirtschaftsgebiet II 4,05 Mk. betragen würde, auf 2,87 bzw. auf 3,38 Mk. herabgesetzt. Dergleichen würde die Unterstützung eines Familienvaters mit Frau und 6 Kindern in Ortstklasse A im Wirtschaftsgebiet I eine Herabsetzung von 3,38 auf 2,85 Mk., im Wirtschaftsgebiet II von 3,95 Mark auf 3,25 Mk. erfahren. Und das nennt sich soziale Fürsorge.

Die Unterstützungsätze sind zwar gegenüber den bis dahin geleisteten Unterstützungsätzen im Wirtschaftsgebiet I um durchschnittlich 12 bis 15 Proz. im Wirtschaftsgebiet II um 15 bis 20 Proz. erhöht worden. Ferner ist die ungenügende Untercheidung zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen in Bezug gekommen. Bei den schon vorher bestehenden, durchaus unzureichenden

Unterstützungen sind diese Verbesserungen jedoch von keiner wesentlichen Bedeutung. Die Unterstützungssätze bleiben für die Erwerbslosen nach wie vor unzureichend, denn es dürfte niemanden geben, der es bei den gegenwärtigen außerordentlich hohen Lebensmittelpreisen möglich machen könnte, mit 2,85 M. bzw. 3,25 M. täglich eine lebensfähige Familie ausreichend zu ernähren, den Witzins, fähige Familie die sonstigen Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Der Erwerbslose, der auf eine derartige Unterstützung angewiesen ist, bleibt, wenn er nicht helfen will, trotz der von ihm erhaltener Erwerbslosenfürsorgebeiträge auf die öffentliche Unterstützung mit ihren demütigenden und demoralisierenden Bedingungen angewiesen.

Nicht besser ist die Lage der ledigen Erwerbslosen, denen kein Rückhalt in dem Ansehen an Familienangehörige zur Seite steht. Auch hier sind die Unterstützungssätze trotz ihrer Erhöhung lächerlich gering, das Festhalten des Lebensunterhalts damit unmöglich. Doch alle Klagen und Forderungen der Arbeiter auf eine Verhinderung ihrer Lage prägen an der sozialpolitischen Einschätzung der bürgerlichen Parteien im Reichstage ab. Die Arbeiter können sich bei der gegenwärtigen Reichsregierung noch auf Schimmerer gefaßt machen. Wir sind erst am Anfang des neuen Jahres, aber nur dann in seinen unheilvollen Wirkungen geheimt werden kann, wenn die Arbeiter ihm durch engherzigen Ausschluß an die gewerkschaftliche Organisation und deren Stärkung den erforderlichen Widerstand entgegenstellen.

Die neue Steuerungsstelle.

Nach Veröffentlichungen der preussischen Handelskammer erlauben die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte folgende Veränderungen:

Table with 4 columns: Es folgten in Goldmark, Januar 1913, Januar 1925, and Aenderpreis Januar 1925 (1913=100). Rows include Roggen, Kartoffeln, Butter, Eichen, and Schweine.

Daneben ergibt sich die gewaltige bekannte Steigerung des Roggenpreises, der weit über dem Friedensstand liegt. Ebenfalls liegt der Schweine- und Butterpreis weit über Friedensniveau. Dagegen sind die Kartoffeln gegenüber 1913 merklich im Preise gesunken, ebenso wie das Ochsenfleisch, das um fast 10 M. billiger ist als im Frieden.

Von dieser Verbilligung bekommen aber die Konsumenten leider nichts zu spüren. Das beweist die Ueberfahrt, die die preussische Handelskammer über die Entwicklung der Kleinhandelspreise gibt.

Table with 4 columns: Es folgten in Goldpreisen, Januar 1913, Januar 1925, and Aenderpreis Januar 1925 (1913=100). Rows include Brot, Roggenmehl, Kartoffeln, Butter, Schweinefleisch, Margarine, and Rindfleisch.

Vergleicht man diese Tabelle mit der ersten, dann ergibt sich gegen 1913 eine Preissteigerung im Kleinhandel, die durch die Erzeugerpreise nicht gerechtfertigt ist. Die Kartoffel kostet im Großhandel 25 Proz. weniger als im Frieden, sie muß aber heute im Kleinhandel, trotz sehr günstiger Ernte und trotzdem ein Kartoffelüberschuß vorhanden ist, ebenso teuer wie im Frieden bezahlt werden. Ebenso liegen die Verhältnisse, soweit das Fleisch in Frage kommt. Der Erzeugerpreis für Ochsenfleisch liegt weit unter Friedensstand, trotzdem muß die Bevölkerung im Kleinhandel einen Preis bezahlen, der 31 Proz. über dem Friedensstand von 1913 liegt. Der Muttererzeugerpreis ist gegenüber 1913 nur um 30 Proz. höher, der Kleinhandelspreis aber um 50 Proz. Diese Bewegung erklärt sich aus der deutschen Preispolitik, die Subventionen und Händlern, angeblich zur Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals, durchaus ungerechtfertigte Preise zuläßt.

Auswanderung deutscher Qualitätsarbeiter.

Zu Jahre 1923 wurde die Zahl der deutschen Auswanderer mit 115 416 Männern und Kinder angegeben, wovon etwa 40 Proz. gelernte Arbeiter der deutschen Industrie und des Handwerks waren. Bis 1924 wuchs die Zahl der deutschen Auswanderer auf 60 000 geschätzt. Wenn diese Zahl auch schon ganz erheblich kleiner ist als die Rekordzahl des Jahres 1923, dann ist sie doch im Vergleich zum letzten Friedensjahr erstaunlich hoch. 1913 wanderten etwa 25 000 Deutsche aus. Von den von der Auswanderung im Jahre 1924 am häufigsten betroffenen Berufsgruppen sind in erster Linie die Eisen- und Metallindustrie, Elektrotechnik und Feinmechanik zu nennen. Auch aus der Textilindustrie, Bergbau und Salinenbetriebe, Baugewerbe, Spielwarenindustrie, Bekleidungs-

Industrie, Nahrungs- und Gemischtwarenindustrie war die Auswanderung erheblich, während aus der chemischen Industrie sowie der Papier-, Leder- und Musikindustrie die Auswanderung wesentlich geringer war. Verhältnismäßig sehr gering war die Zahl der auswandernden selbständigen Erfindern. Das trifft auch für eine große Reihe gelernter Arbeiter aus Handel und Verkehr, namentlich Kaufleute, Verkehrs- und Versicherungsbeamten sowie Hotel- und Restaurationsangestellte zu. Die freien Berufe stellen etwa 2000 männliche und weibliche Auswanderer, insbesondere Ärzte und Ingenieure. Die 1923/24 ausgewanderten Qualitätsarbeiter waren zum Teil ledig, 60-65 Proz. reisten als Einzelpersonen, auf die auswandernden Familien entfiel durchschnittlich ein Kind unter 14 Jahren. Das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Auswanderern im Jahre 1924 ist nach den Vierteljahrsschätzungsfiguren etwa 67 zu 33.

Die Auswanderung von Qualitätsarbeitern aus Deutschland birgt für unsere einheimische Wirtschaft eine doppelte Gefahr: Einmal werden dem deutschen Wirtschaftskörper wertvolle Qualitätsarbeiter entzogen, was die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf die Dauer empfindlich vermindert, und zum anderen entsteht in jedem ausgewanderten Qualitätsarbeiter, wenn er in seiner neuen Heimat Fuß gefaßt hat, der deutschen Wirtschaft ein Konkurrent, indem er seine Kenntnisse und Kraft im Ausland zur Verfügung bringt und somit die ohnehin hart verminderten deutschen Exportmöglichkeiten noch verringert.

Im Unternehmertum blickt man mit steigender Sorge auf die Zunahme dieser Auswanderung. Die Arbeitgeberverbände haben bereits vor Monaten die Aufmerksamkeit des Reichsarbeitsministeriums hierauf gelenkt, und das reichsstatistische Amt widmet dieser Entwicklung seit zwei Jahren seine erhöhte Beobachtung. Aber was ist das Unternehmertum, um die Auswanderung gelernter Arbeiter und Handwerker aus Deutschland einzudämmen? Statt durch menschenwürdige Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen den Anreiz zur Auswanderung möglichst zu verringern, geschieht das genaue Gegenteil. Es ist leider keineswegs übertrieben, wenn man sagt, daß das verkehrte, unsoziale Verhalten der Unternehmer gegenüber den Arbeitern die beste Propaganda für eine verstärkte Auswanderung wertvoller deutscher Arbeitskräfte ist. Darum ist andererseits aber gerade auch der Kampf der freien Gewerkschaften für ausreichende Löhne und Gehälter, Wiedererlangung des Achtstundentages und Ausbau der Sozialfürsorge von größtem Wert für die deutsche Gesamtwirtschaft.

Ein halbes Jahrtausend Streik.

Der Streik hat eine längere Geschichte, als man in der Regel glaubt. Er ist nicht ein Produkt der Unzufriedenheit unserer heutigen Arbeitnehmerschaft, wie man so oft annimmt. Die Arbeitsinnehaltung war schon vor 500 Jahren eine Waffe der wirtschaftlich Abhängigen. Schon ein halbes Jahrtausend ist der Streik das Hauptwehrmittel der Arbeitnehmer, wenn der Streik auch damals nicht die Bedeutung für die Gestaltung der Gesellschaft hatte, die er heute besitzt.

Aber der Streik existierte schon damals. Ja, er war damals in seinen augenblicklichen Wirkungen oft erfolgreicher als heute. Die Gewerbe waren damals in sich abgeschlossen, und wenn Arbeiter streikten, war es schwer, sie durch andere zu ersetzen. Dazu kommt auch ein anderes, was für einen erfolgreichen wirtschaftlichen Kampf heute so besonders wichtig ist, die Solidarität. In den Gewerkschaften jener Zeit herrschte eine eiserne Disziplin, ein starkes, ausgeprägtes organisatorisches, stilles Gefühl. Wurde ein Meister durch die Gewerkschaften „gescholten“, d. h. in Verzug erklärt, gelpert, dann nahm kein ausländiger Geselle bei diesem Meister dann Arbeit. Und aus dieser organisatorischen Disziplin heraus gewann der Streik die Bedeutung, die er schon damals für die wirtschaftlichen Erfolge der Arbeitnehmer gehabt hat.

Leichte aber eine Gewerkschaft dennoch Streikarbeit, dann war er geachtet bei all seinen Kollegen im ganzen Lande vor der Schwerezeiten, die das Fehlen eines gemeinsamen Organs, was das Fehlen jeder anderen letzten Nachrichtenvermittlung damals mit sich brachte. Durch Raufhändel ging sein Name von Ort zu Ort, von Land zu Land. Niemand hatte er Ruhe. Man spricht heute so oft abfällig von dem Kampfe des Proletariats gegen die Streikbrecher. Man spricht von „Terror“ als einer traurigen Erscheinung des stillosen Zustandes der modernen Arbeiterschaft, den die freien Gewerkschaften mit ihrem Kampfprinzip natürlich gedrückt haben. Dieser Kampf gegen die Streikbrecher ist aber kein Produkt unserer Zeit. Auch er hat die Geschichte eines halben Jahrtausends, und damit ist er im Sinne der immer so gern am „Hofischen Gewerkschaften“ hängenden Gegner der freien Gewerkschaftsbewegung ein gutes, altes, historisches Recht.

Doch nicht nur der Streikbrecher wurde wie der das Arbeitsrecht verletzende Meister „gescholten“, sondern auch der Geselle, der die Verbindungsregeln zu verletzen wagte. In die Verbindungsregeln hatte sich jeder Arbeit-

nehmer streng zu halten. Wer sie verletzte, stand damit außerhalb der Organisation. Auch er wurde geachtet. Kein anderer Geselle durfte neben ihm arbeiten. Auch durfte kein Meister einem Gesellen Arbeit geben, der sich gegen die Verbindungsregeln vergriffen hatte. Tat er es dennoch, dann lief er Gefahr, selber „gescholten“ zu werden.

Diese Auffassung von Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit brachte es auch mit sich, daß jeder Geselle verpflichtet war, der Organisation anzugewandert zu sein. Und dieses tiefe solidarische Gefühl aus jener Zeit kann und heute noch vorbildlich sein.

Den Kampfcharakter, den die Gewerkschaften heute haben, hatten jene Bruderschaften noch nicht. Gemeinsame Gottesdienste, Pflege der Kranken und Bergeliebte spielte eine große Rolle. In England kam der Kampfcharakter deutlicher zum Ausdruck als in Deutschland. Sogar Pflichten gegen den Herrn waren im Verbandsstatut vorgesehen.

Aber dennoch: die Organisation brachte immer wieder die für die Meister unangenehme Erscheinung des Streiks und darum wurden die Organisationen in London im 15. Jahrhundert sogar zeitweilig verboten, eben weil sie zu „Lohnverhinderungen mißbraucht werden“ konnten. Auch in Deutschland finden wir solche Verbote der Meister, die Organisation der Gesellen zu unterbinden. Und diese Verbote wurden damals auch schon einem Schutz der Arbeitswilligen durch die Obrigkeit. Die ganze Geschichte des Arbeitsrechts ist die Geschichte des Kampfes der Obrigkeit gegen die Arbeiter, die Geschichte der Zusammenarbeit der politischen und wirtschaftlichen Macht gegen die wirtschaftlich Abhängigen und sozial Schwachen.

Besonders bedeutsame Koalitionsverbote finden wir in England unter Eduard III. und Heinrich VI. Sie betrafen die baugewerblichen Arbeiter, die die Arbeit an königlichen Bauten öfter eingestellt hatten. Eduard IV. verfügte sogar, daß dem Arbeiter, der an einer Verbindung zum Zwecke der Erriingung höherer Löhne durch Streik teilnehmen würde, die Ohren abgetrennt werden sollten.

So vorbildlich die Disziplin aber auch in jenen Organisationen gewesen ist, es handelte sich stets nur um die materielle Verbesserung der Lage einer kleinen Gruppe. Noch herrschte die Standesehre, die sogar zu Kämpfen unter den Organisationen führte. Die großen Verbände wurden nicht angefaßt, konnten noch nicht angefaßt werden, weil die ökonomische Entwicklung dafür noch nicht reif war. Unserer Zeit bleibt es vorbehalten, auch den Rahmen zu sprengen, in dem sich das tägliche Leben bewegt. Die Umwälzung der Arbeitsbedingungen brachte die Umwälzung der Aufgabe. Aus dem Standesverein wurde die Klassengemeinschaft. Aus dem Kampfe um den Lohn der Arbeit um das wirtschaftliche Recht im Rahmen des Kampfes gegen den Kapitalismus. Und damit ward der Streik zu einer Waffe, mit der der Arbeitnehmer nicht nur sein Recht, sondern auch — wie beim Kapp-Putsch — die Erhaltung der Republik und die Entwicklung der Gesellschaft in der Hand hat.

Berichte.

Magen. Die hiesige kommunistische „Arbeiterzeitung“ brachte am 31. Januar folgende Artikel der Zustände in der Mufflerartenfabrik Geulen u. A. Rebe, Kaden, Friedrichstraße, Kretz und:

„Die Betriebsstelle von Geulen u. A. Rebe, Kaden, Friedrichstraße, Kretz und: Die Zustände in der Mufflerartenfabrik Geulen u. A. Rebe spalten jeder Beschreibung. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in der Woche, welche allerdings durch Überstunden auf 67 1/2 Stunden erhöht ist. Von morgens 7 1/2 bis abends 7 1/2 Uhr haben die Arbeiterinnen in den Betrieben, mit nur einhalbstündiger Mittagspause. Täglich werden Arbeiter eingekleidet und auch täglich welche entlassen. Der Hauptknoten der Fabrik ist Karl Geulen. Wenn die Ausbeutung der Proleten nicht klappt, so schlägt er mit allem, was er gerade in der Hand hat, auf die Arbeiterinnen ein und brüllt wie ein wildes Tier, um Angst und Schrecken einzujagen und das Letzte aus den Proleten herauszuholen. Dabei hat dieser laubere Patron auch noch Helfershelfer unter der Arbeiterschaft. Ein Arbeiter mit Namen Peters läßt den Ober ausgeben, um Koffen zu sparen, ungeachtet der Arbeiterschaft, die freiziehend ihrer Maschine steht, wenn nur ein guter Profit für seinen Fabrikanten herauskommt. Die Worte lassen über. Auf diesen Witzchen aufmerksam gemacht, erwiderte Herr Geulen: „Wenn ich euch Dämchen Muffeln hüfrenne, dann kommt ihr überhaupt nicht mehr vom Arbeit herunter.“ Die Maschinen laufen in den meisten Fällen schon vor 7 1/2 Uhr morgens, damit nur keine Minus verloren geht. Die ausgegebenen Arbeiterinnen können nicht schnell genug fertiggestellt werden. Wir empfehlen der Belegschaft, wenn noch einmal Karl seinen Namenstag feiert, ihm eine Massenpötte zu schenken, damit sein Feind in der Fabrik besser charakterisiert wird. Einige von den dort arbeitenden Frauen wählten sich sogar im offenen Betrieb von dem lauberen Patron beschnitten lassen, um vor seinen Mutus-

brächen sicher zu sein und eine bessere Behandlung zu erlangen. Dem Fabrikanten sagen wir: Wendet sich das Verhältnis nicht gewaltig im Betriebe, werden wir mit neuer Auflage dienen und noch deutlicher werden, denn das Material ist fast überall vorhanden. Der Arbeiterschaft haben wir die Mißstände geschildert, damit sie weiß, was los ist und wenn sie Arbeit suchen will, nicht blindlings in diesen Betrieb hineinkläuft. Am allerbesten allerdings ist es, diesen sauberen Patron zu meiden und dort Arbeit zu suchen, wo die Behandlung eine andere ist.

Die Arbeiterschaft muß ganz energisch gegen derartige Mißstände Front machen. Organisiert sich in den Gewerkschaften und fordert von den Gewerkschaftsführern den Kampf zur Beseitigung dieser Mißstände. Er kämpft auch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Trete ein für die Regierung der Wertigen, die allein eure Rechte gewahrt. Errichtet ein Sowjetdeutschland unter der Diktatur des Proletariats.

Wer die Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Racher Kartomagenindustrie kennt, dem muß es verständlich erscheinen, daß ähnliche Zustände wie hier von unserem kommunistischen Organ dargestellt, nicht auch in den anderen Betrieben vorhanden sind. Das mag seine Ursache darin haben, daß man bei der Firma Geulen u. Nebe sich auf den absoluten Herrschaftspunkt stellt, während man in den anderen Betrieben etwas flüger zu sein scheint und erwartet, bis die Arbeiter noch mehr als jetzt der Gleichgültigkeit verfallen, um dann ebenfalls nach Walfür mit ihnen zu verfahren. Irrendweldes Mittel kann man mit diesen Kollegen und Kolleginnen nicht haben, denn es ist genau genommen, die richtige Behandlung für diese Leute, die da auf Kosten der anderen leben wollen. Gerade die Angehörigen der Firma Geulen u. Nebe glauben es nicht notwendig zu haben, während unserer Agitationsveranstaltungen sich in unseren Versammlungen sehen zu lassen. Sie gehören zu denen, die da glauben, daß ihnen die Vorteile unseres Verbandes von selbst zufließen, nachdem unsere Löhne zentral geregelt werden. Allgemein wird dort der Standpunkt vertreten, daß man Lohn, Ferien usw. doch bekommt und dabei die Verbandsbeiträge sparen könne. Daß man sich dabei als Schmaroper am Volksganzen aufspielt, kümmert die Herrschaften nicht. Zweifelslos werden auch bald wieder andere Zeiten kommen und dann wird sich zeigen, welchen Schaden diese Kollegen und Kolleginnen sich selbst und der Allgemeinheit zugefügt haben. Die Unternehmer der Kartomagenindustrie kennen die Lage sehr genau und wenn wir wieder dazu kommen, unsere Lohnverhältnisse örtlich zu regeln, dann wird sich zeigen, wie groß der Schaden ist, den die heute Nichtorganisierten angerichtet haben.

Die oben zitierte Notiz der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ fordert von den Gewerkschaftsführern den Kampf zur Beseitigung aller Mißstände. Dieser Aufforderung bedarf es nicht, denn wir bemühen uns bereits seit 25 Jahren darnach. Aber eins ist sonderbar: Eine kommunistische Zeitschrift im Betrieb von Geulen u. Nebe ist uns nicht bekannt. Bis zur Stunde hat sich noch kein organisiertes Mitglied von den wenigen in diesem Betrieb bei uns gemeldet und uns die oben geschilderten Zustände vorgezogen. Daraus geht ohne Frage hervor, daß auch die angeblichen Mitglieder der kommunistischen Betriebszelle ihrem Berufserbände nicht angehören, trotzdem sie dauernd aufgeführt werden, sich zu organisieren. Und dann ist es zumindestens doch sonderbar, daß man die Gewerkschaft zur Abhilfe aufruft, wenn man selbst nicht organisiert ist. Trotzdem sagen wir, muß die Kritik in der „Arbeiterzeitung“ für alle Berufsangehörigen eine Warnung sein. Besonders den Eltern und Töchtern Mitglied unseres Verbandes werden wir lassen. Nur durch geschlossene Organisation vermeiden wir die Mißstände zu beseitigen. Scharf zu betonen aber ist doch, daß die Ursachen zu diesen Mißständen nicht zuletzt auf die verheerenden Kampfmethoden der Kommunisten gegen die Gewerkschaften und deren Führer zurückzuführen sind. Diese elende Vexerei bewirkt ja erst die Interessenlosigkeit eines großen Teiles der Berufsangehörigen.

**Chemnitz.** Einzige schön war der Verlauf unserer Jubelfeier am 7. Februar. Das gut ausgewählte Programm fand reichen Beifall. Alle Mitwirkenden gaben ihr Bestes, Kollege Gruppen: Reizitationen; unsere frühere Kollegen Frieda Börner: Vider für Copran; die Sängervereinigung Chemnitz-Gablenz und die Musikcapelle des Hauses. Im Mittelpunkt unseres Festprogramms stand die Geschichte unseres Verbandsvorstandes Domänen, dem zugleich auch die Ehrung sämtlicher anwesender Jubilare, der Kollegen Oskar Kämmler, Ernst Schubert, Emil Wöhe, Oskar Legler, Valentin Langnickel, Richard Triemer und Paul Strobel, übertragen war. Hausseien hob hervor, daß schon in den 70er Jahren die Chemnitzer Kollegenchaft organisatorisch tätig war. Durch das Sozialistengesetz aber sei, wie auch in anderen Orten, die Organisation zunächst gemacht worden. Wenn erst heute das 25jährige Bestehen der Zahlstelle festlich begangen würde, dann deshalb, weil man durch das sachliche Vereinsgesetz in Sachen behindert war, unserer Organisation schon früher festere For-

men zu geben. Und so könne er heute an dem Jubeltage der Chemnitzer Kollegenchaft feststellen, daß auch in Chemnitz mindestens 40 Jahre ununterbrochen unser Verband Fuß gefaßt habe.

Die Erbringung der Jubilare geschah namentlich und in bewegten Worten dankte Hausseien diesen „Amen“ für ihre treue, aufopferungsfreudig geleistete Arbeit für den Verband, die Jugend ermahnen, es diesen alten Kollegen gleichzutun, damit der Verband und insbesondere die Zahlstelle Chemnitz auch ferner wachse, blühe und gedeihe. Ein in diesem Sinne ausgebrachtes Hoch auf den Verband und die Zahlstelle Chemnitz fand begeisterte Zustimmung.

Ein Festgedicht, betitelt: „Aus zwei Jahrhunderten“, ausgegeben und frisch lackiert vom Kollegen Oskar Kämmler, das die Entwicklung der Chemnitzer Zahlstelle darstellt, kam zur Verteilung und verursachte durch seinen unerschöpflichen Humor große Heiterkeit. Kurz nach 10 Uhr nahm der von der Jugend längst ersehnte Ball seinen Anfang, der die Festteilnehmer bis in die dritte Morgenstunde in fröhlicher Stimmung befehmte. Unsere auswärtigen Gäste waren zum Teil in Privatquartieren untergebracht. Eine große Freude war es uns, Vertretungen aus den Zahlstellen Aue, Durgahd, Grimmitzschau, Dresden, Glaucha, Grimma, Hainichen, Leipzig, Limbach, Naichau, Reichenbach und Rerchau, ferner aus den Gauenorten Kartha, Hohenstein-G., Kemtan, Leisnig, Marienberg, Waldheim und Jönitz begrüßen zu können. Diese schöne Aufgabe fiel dem Vorsitzenden der Zahlstelle, Wiering, zu, der in trefflichen Worten alle Festteilnehmer begrüßte und dem Wünsche Ausdruck verlieh, daß alle in unserem Kreise recht frohe Stunden verleben und dem Feste ein recht gutes Andenken bewahren möchten.

Hierauf folgten Ansprachen der Kollegen Franz als Vertreter des Ortsauschusses, Bemann als Vertreter der graphischen Verbände, Gese-Leipzig, der im Auftrage der vertretenen Zahlstellen und Gaurdie die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck brachte. Kollege Triemer dankte im Auftrage der Jubilare für die ihnen von allen Seiten dargebrachten Ehrungen.

Ein herrliches Sonntagmorgen war uns dann beschieden. Gäste und Gastgeber trafen sich um 10 Uhr vormittags zu einem Spaziergang nach dem Rüdowald und Grimmitzauer Waldrestaurant „Grüner Hof“. Nachmittags traf man sich in unserem Restebstotal „Arbeiterbörse“, wo noch ein Abschiedskopfen getrunken wurde, bis gegen 9 Uhr abends der letzte zum Bahnhof begleitete wurde.

Ein fest fetter Herr, der wir Chemnitzer zu feiern in der Lage waren, hat einen Verlauf genommen, wie man ihn sich kaum schöner vorstellen vermag. Zudem dem Wünsche Ausdruck verliehen sei, daß alle Festteilnehmer den gleichen Einbruch mitgenommen haben, bleibt uns noch übrig, allen denen zu danken, die in hohem Maße unser Fest verschönern halfen. Insbesondere sei unserem Kollegen Hausseien, den zahlreichen auswärtigen und örtlichen Vertretungen, den Mitwirkenden sowie den recht erheblichen Beifällen und Telegrammgratulationen aus allen Teilen des Reiches hierdurch bestens gedankt.

**Tüßeldorf.** Unsere letzte Generalversammlung erfreute sich eines regen Besuches, wenn er auch noch lange nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Nach dem Bericht des Vorsitzenden fanden im letzten Jahre 11 Vorstandssitzungen, 1 General- und 5 Mitgliederversammlungen, 2 Agitationsversammlungen, 2 Delegiertenversammlungen, 3 Werkstubeversammlungen, 3 Sitzungen der graphischen Verbände, 5 graphische Kartellierungen, ein zwangloser Ausflug und das köstliche Stützungsfest statt. Die Loyalität und Gleichgültigkeit der Kollegenchaft waren geradezu deprimierend, wurden doch die Versammlungen nur von einem Zehntel der Gesamtkollegenchaft besucht. Daß da Weid, Geomius, fader Budentzsch und läßt Nachrede in die Halle schossen, war unabweislich. Deswegen mußte sich ein Teil der Vorstandssitzungen mit der Schlichtung dieser Dinge befassen. Auch mußte gegen Kollegen vorgegangen werden, die während ihrer Ferien in anderen Betrieben Schwarzarbeit geübt und in einem Falle sich die Ferien hatten auszahlen lassen. Aber auch die meisten Vertrauensleute unterrichteten die Ortsverwaltung nicht in der gewünschten Weise. Obwohl nur 2 Delegiertenkongressen stattfanden, waren von rund 30 Einzeladungen nur 12 anwesend. Daß dies ungünstig auf die Delegierten einwirkte muß, ist ohne weiteres klar. Hier müßten aber auch die Mitglieder in den Betrieben ihre Funktionen besser kontrollieren.

Die Sitzungen der graphischen Verbände beschäftigten sich mit der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft, umfaßend die Buchdrucker, Buchbinder und graphischen Hilfsarbeiter. Gelang es erst nach Ueberwindung mancher Schwierigkeiten, in den einzelnen Verbänden ein Provisorium bis 1. Juli zu schaffen, dann hatte der Zusammenschluß doch so gut gewirkt, daß nach dem 1. Juli die Vollendung der Gemeinschaft endgültig unter Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Ortsverwaltungen vertraglich festlegten. Dadurch ist ein enger und inniger Zusammenhalt innerhalb der graphischen Arbeiterschaft geschaffen, der für diese in bezug auf Wahrung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Unternehmern nur

von Vorteil sein kann. Der freigestellte Geschäftsführer ist der jeweilige Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, zurzeit Kollege Schindedecker. Diese Einrichtung hat sich am Orte so gut bewährt, daß nur zu wünschen wäre, man läme in den anderen Orten diesem Beispiele nach, damit die Vorstufe zur Errichtung des graphischen Industrieverbandes von unten herauf zur gegebenen Zeit vollendet wäre.

Von dem allgemeinen Mitgliederverlust der Verbände wurde im vergangenen Jahre unsere Zahlstelle leider auch nicht verschont. Am Ende 1923 hatten wir 130 männliche, 238 weibliche Mitglieder, am Ende des 2. Quartals 1924 114 männliche und 87 weibliche und am Ende des 4. Quartals 1924 122 männliche und 155 weibliche. Der Rückgang der Zahlstelle war somit in der zweiten Hälfte des verfloffenen Jahres zum Stillstand gekommen. Er war am schlimmsten in der Kartomagenabteilung von Hentel u. Co. nach dem Kommunistenputsch um den Achtundzwanzigsten zum Anfang des Jahres. Wegen Reisen mußten 13 Kollegen geschieden werden, 3 traten zum alleinigenmachenden christlichen Verbänden über und 2 Kollegen machte uns der starke Fabrikarbeiterverband (entgegen den Bestimmungen des Gewerkschaftskongresses) abspenlich, als der dortige Vertrauensmann in Ferien war. Mit dem Wünsche und dem ersten Appell an die Anwesenden, in den Betrieben für regen Besuch der Versammlungen im neuen Jahre zu sorgen und sich bei allen Anlässen als organisierte und klassenbewußte Kollegen und Kolleginnen zu zeigen, schloß der Vorsitzende seine Ausführungen.

Anschließend gab der Kassierer den Kassenericht. Hieran folgte eine sehr rege Diskussion ein. Die seit herige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt. Ihr gehören die Kollegen Ernst Müller, Oster, Weuser, Stegmann und Göbel an. Als Beisitzer wurden Kollege Gödde und Kollegin Weigmann neu, als Revisoren die Kollegen Klampädel und Wehberler, als Schiedsgerichtsbeisitzer die seitherigen Beisitzer Huch, Wroch, Schmidt, Wegemann, Wink und Kunde wiedergewählt.

Beschlossen wurde Johann, der Einigung des linksrheinischen Gaus zum Gaus am 1. Februar Folge zu leisten und die Kollegen Müller und Oster als Delegierte bestimmt. Ferner wurde beschlossen, daß ab 5. Woche jedes Mitglied die Extramarke zu 50 Pf. für die Durchführung des Volkstentendes durch den ADBD. Aber den Achtundzwanzigsten zu entrichten hat.

Dann kritisierte Treßen die Entlassung der alten Kollegen bei der Firma M. Vogel & Co. Hier waren drei Buchbinder und zwei Hilfsarbeiter wegen zu hohen Alters nach 20-40jähriger Tätigkeit gekündigt und entlassen worden. Die Firma hat den Betroffenen zum Teil wohl eine Pension von monatlich 30 Mk. bewilligt, sich aber geweigert, dies schriftlich anzuerkennen. Hier hätte ein geschlossenes Eintreten der ganzen Belegschaft in Anbetracht der außerordentlich guten Konjunktur helfen können. Dem Betriebsrat war es infolge Verlangens der Belegschaft, die es an dem nötigen Solidaritätsgefühl fehlen ließ, nicht möglich, die alten Leute zu halten. Der Geist in unserem Verband muß ein anderer werden, inniger und klassenbewußter, damit das Wort: Einer für alle, alle für einen, seine leere Phrase ist, sonst müssen unsere Kollegen, wenn sie alt geworden sind, verzweifeln.

Zum Schluß muß noch erwähnt werden vor der Firma M. Struden mit ihrem ehrenwerten Geschäftsführer Herrn Dahmen. Die Firma sucht sehr oft Kollegen unter dem Verprechen günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und bezahlt dann unter Tarif. Die Diskussion war auch darüber sehr lebhaft und erregt, ohne jedoch nachträglich etwas an den harten Tatsachen ändern zu können.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

**Abrechnungen**  
vom 4. Quartal 1924 gingen weiter bis zum 17. Februar 1925 bei der Verbandskasse ein von: Kottbus 390,30 Mk., Zettin 1063,50 Mk., Etzsch 50,- Mk., = Bünde i. B. 333,65 Mk., = Gieschen-Weiler 155,95 Mk., Grünstadt 332,- Mk., Hanau 770,- Mk., Saarbrücken - - - - - Mk., = Gera 130,- Mk., Göttha 341,75 Mk., Koburg 135,- Mk., = Aue i. Erzgeb. 25,10 Mk., Hainichen - - - - - Mk.  
Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in Neudamm, Tüßel, = Hensberg, = Torgau, = Münster, Remscheid, = Mainz, Wiesbaden, = Hauenstein, Rudaßbach, = Sebnitz, Zwickau, = Troßingen, = Schweinfurt, = Augsburg.

**Abwesenänderungen.**  
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.  
Häufigen-Wilhelmshagen. B.: A. Krumbiegel, Wilhelmshagen, Roonstr. 43, Hof I.  
K.: G. Sauer, Häufigen, Peterstr. 76 (Republik).  
Zwickau. B.: G. Schubert, Neukirch Schneiberger Str. 45 bei Frau Neef.  
K.: A. Mauer, Neukirch Leipziger Str. 19.  
Der Verbandsvorstand.